

Mitteilung

öffentlicher Teil

| Gremium | Datum |
|------------------------------------------------------------------------------|------------|
| Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales | 09.12.2013 |

Beschäftigungsbefragung "Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - Nachtragsvereinbarung mit dem beauftragten Institut für Qualitätssicherung in Prävention und Rehabilitation GmbH

Die Verwaltung informiert den AVR nachfolgend über das weitere Vorgehen zur Umsetzung des AVR-Beschlusses vom 10.11.2011.

Hiernach wurde die Verwaltung gebeten, bis 31.03.2012 ein externes Fachunternehmen mit einer organisationsbezogenen anonymen Mitarbeiterbefragung zu beauftragen, um konkrete Problemschwerpunkte zu erkennen und auf dieser Basis zielgerichtet Verbesserungen schaffen zu können. Die Ergebnisse wurden dem Ausschuss von dem Unternehmen vorgestellt und sind die Grundlage für das Maßnahmenprogramm.

Die gesamtstädtische Befragung wurde in 2012 durch das im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung ermittelte externe Institut für Qualitätssicherung in Prävention und Rehabilitation GmbH an der Deutschen Sporthochschule Köln (iqpr) durchgeführt; für die Konzeption und Auswertung der Zusatzbefragung bei der Berufsfeuerwehr im Rahmen der gesamtstädtischen Befragung wurde Herr Dr. Bilhuber beauftragt. Die aufwändige Auswertung der Befragung ist abgeschlossen.

Im Rahmen der weiteren Umsetzung der Beschäftigtenbefragung werden in den einzelnen Organisationseinheiten weitere Auswertungen notwendig. Dies ergibt sich bereits jetzt aus den geführten Gesprächen in den Dezernaten und Ämtern. Im Durchschnitt sollen je Organisationscluster (analog der Clusterung im Fragebogen) zwei weitere Auswertungen erstellt werden, die in Abstimmung mit den einzelnen Organisationseinheiten folgen.

Aufgrund der von iqpr entwickelten wissenschaftlichen Auswertung der Befragung ist es sinnvoll und effizient iqpr auch mit der weiteren Auswertung im Rahmen einer Einzelvergabe zu beauftragen. Ein anderes externes Institut müsste zunächst die Auswertungsstruktur eruiieren und damit verbunden zeitlich aufwändige Vorarbeiten erledigen. Es wurde mit dem Institut iqpr für die geplanten weiteren 52 Auswertungen und notwendigen Besprechungs- und Präsentationstermine eine Nachtragsvereinbarung abgeschlossen.

Für diese zusätzliche Beauftragung entstehen weitere Kosten in Höhe von voraussichtlich 23.000,- € Damit liegt der geschätzte Gesamtbedarf für die Beschäftigtenbefragung bei insgesamt 97.000,-€. Die Mittel stehen unter der Finanzposition 5800.572.9900.1 zur Verfügung.

gez. Kahlen